

Management**Potenzial in der Mitte**

Im Sozial- und Gesundheitswesen nimmt der Bedarf in der mittleren Managementebene und damit an neuen Arbeitskräften zu. Zu diesem Ergebnis kommt eine Arbeitgeberbefragung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB). Der Grund liegt häufig in der Einführung eines modernen Betriebs- und Kostenmanagements. Da das BIBB auch Potenzial in der Weiterbildung ausgelernter Fachkräfte sieht, ist im aktuellen Diskussionspapier die Schaffung des „Geprüften Fachwirts im Sozial- und Gesundheitswesen“ Thema. Weitere Infos: www.bibb.de shi

Wirtschaft**Sozialwirtschaft spürt Wirtschaftskrise**

Steigende Kosten und weniger Umsatz kommen innerhalb des nächsten Jahres auf die Sozialwirtschaft zu. Zu diesem Ergebnis kommt die erste Erhebung des Marktbarometers der Beratungsfirma Sozial Management Partner (SMP). Damit spiegelt sich die Wirtschaftskrise nun auch in den Erwartungen der Wohlfahrtsbranche wider. Auch der Regierungswechsel

führt bei der Mehrzahl der Befragten eher zu negativen Erwartungen in Bezug auf die Refinanzierung ihrer Einrichtungen. SMP will in Zukunft regelmäßig die wirtschaftliche Einschätzung von Führungskräften der Sozialwirtschaft abfragen. Bei der ersten Erhebung auf der Consozial in Köln und im Internet nahmen 120 Personen teil. Ergebnisse und Anmeldung unter: www.sozialmanagementpartner.de shi

Pflege**Pflegerisiko gesunken**

Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt weiter. Laut dem Pflegereport der Gmünder Ersatzkassen (GEK) ist zwar das altersspezifische Pflegerisiko, nach dem Alter gestaffelt, von 2000 bis 2008 um ein Prozent bei Männern und 3,6 Prozent bei Frauen gesunken, jedoch führt der demografische Wandel zu weiter steigenden Gesamtzahlen. Der Report macht auch auf die undurchsichtige Preisstruktur in der ambulanten wie auch der stationären Pflege aufmerksam. Die GEK sieht hier vor allem die großen Preisunterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern kritisch. Mehr Infos unter: www.gek.de, Stichwort: Pflegereport. shi

Personal**Wirtschaftskrise trifft auch Schwerbehinderte**

Im ersten Quartal 2009 hat die Zahl der Zustimmungsanträge zur Kündigung von schwerbehinderten Arbeitnehmer(inne)n, die bei den Integrationsämtern eingingen, um 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Insgesamt waren im Juli 166.950 schwerbehinderte Menschen arbeitslos. Schwerbehinderte Arbeitnehmer(innen) sind nicht schwerer von der Krise betroffen, aber ihre Chancen, erneut eine Stelle zu finden, sind ungleich schlechter als die von nichtbehinderten Arbeitssuchenden. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (BIH) hat ihren Mitgliedern empfohlen, selbst bei Kurzarbeit die Lohnzuschüsse nicht zu kürzen. Mehr Infos: www.integrationsaemter.de shi

Eingliederung für Langzeitkranke

Um Mitarbeitenden, die lange Zeit erkrankt waren, den Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern, bieten Unternehmen vermehrt ein spezielles betriebliches Eingliederungsmanagement an. Durch feste Ansprechpartner im Unternehmen, die Möglichkeit zu verkürzten Arbeitszeiten oder auch Angebote zur Umschulung sollen gute Voraussetzungen geschaffen werden, um den/die Mitarbeiter(innen) wieder in den Arbeitsalltag zu integrieren. Auch die Unternehmen profitieren, weil sie den Verlust erfahrener Arbeitskräfte verhindern können. Ist ein Mitarbeiter länger als sechs Wochen krank, ist das Unternehmen gesetzlich dazu aufgefordert, ein Eingliederungsmanagement anzubieten. Die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) hat dazu einen Praxisleitfaden für das betriebliche Eingliederungsmanagement für Pflegeeinrichtungen veröffentlicht. Er steht zum Download unter www.bgw-online.de (Stichwort „Praxisleitfaden BEM“) zur Verfügung. shi

**Entgeltumwandlung immer beliebter**

Die betriebliche Altersversorgung durch Entgeltumwandlung wird immer beliebter. Die Gründe liegen dafür auf der Hand:

- Die gesetzliche Rentenlücke wird zumindest teilweise geschlossen.
- Die kapitalgedeckte Altersversorgung wird vom Staat gefördert.
- Das Prinzip des Bruttosparens hat einen hohen Wirkungsgrad.
- Die Sozialversicherungsfreiheit gilt unbefristet.

Bei der Entgeltumwandlung führt der Beschäftigte einen bestimmten Sparbetrag direkt von seinem Bruttoeinkommen ab. Dadurch verringert sich die Höhe der Steuer- und Sozialversicherungsabgaben – was dazu führt, dass der Beschäftigte deutlich mehr für seine Altersversorgung tut als beim herkömmlichen Sparen aus dem Netto. Und: Viele Einrichtungen geben sogar einen Zuschuss zum Sparbetrag. Denn auch die Einrichtungen profitieren von den verringerten Sozialabgaben.

Einzelheiten erfahren Sie bei der Ecclesia Vorsorge unter info@ecclesia-vorsorge.de